

Josef Kürten soll durch eine Straße oder einen Platz geehrt werden (28.02.2015, Antragssteller: Alexander Führer)

1.) dass sich der FDP-Kreisverband Düsseldorf dafür einsetzt, dass auch der am 25.10.2010 verstorbene ehemalige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Josef Kürten, durch eine Straße oder Platzbenennung geehrt wird und das deshalb

2.) die FDP-Ratsfraktion der Landeshauptstadt Düsseldorf im ersten Halbjahr 2015 einen entsprechenden Antrag in den Rat einbringen soll.

Antrag wurde angenommen!

Melde-App für Düsseldorf (28.02.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Düsseldorf wird gebeten, sich für die Einführung einer sogenannten „Melde-App“ integriert in die städtischen digitalen Angebote einzusetzen. Ein möglicher Antrag sollte folgende Punkte enthalten.

1. Der Rat der Stadt Düsseldorf spricht sich für die Einführung einer sog. „Melde- App“ für Düsseldorf aus. Die App soll auf allen gängigen Smartphone- Betriebssystemen (also Android und Apple) nutzbar sein.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche verschiedenen technischen Umsetzungsmöglichkeiten bestehen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, wie die Bearbeitung von Meldungen verwaltungsseitig koordiniert werden kann.
4. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob und in welcher Höhe für die Realisierung der Melde-App zwingend Kosten entstehen. Die Verwaltung möge insoweit kostenfreie Möglichkeiten bevorzugt prüfen. Sollten Kosten entstehen, wird sie ferner beauftragt, (Sach-) Spenden zur Kostendeckung zu akquirieren.
5. Für Bürger, die über kein Smartphone verfügen, soll in Ergänzung zu der App zusätzlich ein „Mängel-Melder“ auf der Webseite der Stadt Düsseldorf implementiert werden, der ebenfalls Meldungen ermöglicht. Durch dieses unbürokratische Vor- gehen kann die Sauberkeit und Ordnung weiter verbessert werden

Antrag wurde angenommen!

Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei der Düsseldorfer Kultur (28.02.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Die FDP Düsseldorf bekennt sich zur Vielfalt und Qualität der kulturellen Angebote in Düsseldorf. Die Finanzierung dieser Angebote halten wir für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch mit steuerlichen Mitteln erfolgen kann.

Gleichzeitig gelten für uns, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten finanziellen Entwicklungen unserer Stadt, besondere Anforderungen an die Effizienz der im Kulturbereich eingesetzten Mittel. Verglichen mit anderen Großstädten in Deutschland besteht dabei in Düsseldorf Optimierungspotential.

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, die Wirtschaftlichkeit insbesondere des Schauspielhauses zu verbessern.

Antrag wurde angenommen!

Vorteile für alle- keinen Verkehrsträger benachteiligen (28.02.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Mit der Inbetriebnahme der rund 850 Mio. Euro teuren Wehrhahnlinie wird sich das ÖPNV-Angebot in Düsseldorf substanziell verbessern. Durch den Wegfall der oberirdischen Straßenbahnschienen in

Teilen der Innenstadt eröffnen sich zusätzlich Möglichkeiten zur Optimierung der Situation für andere Verkehrsträger.

Die FDP Düsseldorf begrüßt grundsätzlich die Ergebnisse des in diesem Zusammenhang durchgeführten Moderationsverfahrens zur Neugestaltung der betroffenen Straßen zwischen dem Bilker S-Bahnhof und der Heinrich-Heine-Allee. Bei der Umgestaltung soll eine Verbesserung der Situation für Fußgänger und Radfahrer erreicht werden. Dieses darf jedoch nicht zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs geschehen. Insbesondere eine Reduzierung der Fahrspuren und Tempo 30 Zonen würden eine Verschlechterung der Situation für einen wichtigen Verkehrsträger darstellen.

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, dass kein Verkehrsträger durch die Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie schlechter gestellt wird. Daher soll es eine Ausweitung der Flächen für Fußgänger und Radfahrer bei gleichzeitiger Beibehaltung der Zahl der Fahrspuren und der Geschwindigkeitsbegrenzung für den motorisierten Verkehr geben. Zur Reduzierung des Verkehrslärms kann neben dem Wegfall der Straßenbahnen der Einsatz von lärmreduzierendem Asphalt beitragen.

Antrag wurde angenommen!

Bekanntnis zu Freihandel und Wohlstand: Ja zu TTIP! (28.02.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Die FDP Düsseldorf unterstützt die Verhandlungen zum geplanten TTIP- Abkommen mit dem Ziel, den Freihandel zwischen den USA und der EU zu stärken. Nur dadurch können bei gleichzeitigem Verbraucherschutz das beste und größtmögliche Angebot für Konsumenten und die besten Bedingungen für Produzenten geschaffen werden. Auf Landes- und Bundesebene muss deutlicher werden, dass die Vorteile die möglichen Nachteile überwiegen und TTIP deswegen der Gesamtwohlfahrt zugutekommt. Die Verhandlungen müssen transparent erfolgen und die Standards der Marktwirtschaft in Deutschland angemessen berücksichtigen.

Antrag wurde angenommen!

Englisch als zweite Verwaltungssprache in Düsseldorf (28.02.2015, Antragssteller: Chris Pyak)

Die Freien Demokraten in Düsseldorf setzen sich für Englisch als ergänzende Verkehrssprache in allen Bereiche der Düsseldorfer Verwaltung ein.

Bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode soll die Düsseldorfer Verwaltung folgende Ziele erreicht haben:

1. Kunden der Verwaltung können in allen Bereichen der Stadtverwaltung auf Wunsch auf Englisch kommunizieren.
2. Informationsangebote der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung.
3. Formulare der Stadtverwaltung stehen auf Deutsch und Englisch zur Verfügung. Dokumente können von Kunden der Verwaltung sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch eingereicht werden, sowie gesetzliche Regelungen dem nicht entgegenstehen.
4. Im Zuge der Umsetzung der Zweisprachigkeit, sollen Vorschriften, Formulare etc. auf ihre unbedingte Notwendigkeit überprüft werden. Ist diese nicht ersichtlich soll auf die entsprechenden Verordnungen, Formulare ganz verzichtet werden.

Die FDP Ratsfraktion wird gebeten, diese Ziele mit entsprechenden Anträgen im Rat der Stadt voran zu treiben.

Antrag wurde angenommen!

Zur Mobilisierung der Basis (28.02.2015, Antragssteller: Helga U. Bleckmann)

Der Kreisparteitag beauftragt den Arbeitskreis Ideen zur Mobilisierung der Basis zu sammeln, diskutieren zu lassen und die Umsetzung geeigneter Möglichkeiten zu veranlassen.

Antrag wurde angenommen!

Sicherheit in der Altstadt gewährleisten – Freie Demokraten machen sich für Altstadtwache stark (28.02.2015, Antragssteller: Ortsverband 1)

Die Altstadt ist Touristenmagnet und Ausgehmeile für viele Düsseldorfer. Unerlässlich für die Aufenthaltsqualität ist, dass Bewohner und Gäste sich dort nicht nur sicher fühlen können, sondern tatsächlich Sicherheit vorherrscht.

Die Freien Demokraten sprechen sich deshalb dafür aus, dass in unmittelbarer Nähe zur Altstadt auch weiterhin eine Polizeiwache erhalten bleibt. Nichts stärkt das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger und die reale Sicherheitslage so sehr, wie die Präsenz von Polizeibeamten.

Überlegungen, die Videoüberwachung in der Altstadt auszudehnen, erteilen wir dagegen eine Absage. Sie ist im Bereich der Verbrechensprävention weitgehend nutzlos. Ebenfalls lehnen wir ein Verbot des Verkaufs alkoholischer Getränke in der Altstadt ab. Ein solches Verbot wäre leicht zu umgehen, würde die Berufsfreiheit dort ansässiger Unternehmer einschränken und träge in vollkommen unverhältnismäßiger Art und Weise die vielen Menschen, die dort lediglich friedvoll einen schönen Abend erleben wollen.

Antrag wurde angenommen!

Mehr Überparteilichkeit bei städtischen Veranstaltungen (02.06.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Die FDP begrüßt das Engagement der Stadt Düsseldorf, besondere Tage wie beispielsweise den Internationalen Frauentag, mit Informationsveranstaltungen zu begleiten. Damit bietet die Stadt ihren Bürgern ein Angebot, sich zu informieren und aktiv am städtischen Leben teilzunehmen. Diese Veranstaltungen sollen und müssen aber parteipolitisch unabhängig sein. Der FDP Kreisverband Düsseldorf fordert daher die Ratsfraktion der FDP auf, sich für eine Überparteilichkeit bei städtischen Veranstaltungen einzusetzen.

Parteien, parteiinterne und parteinahe Organisationen sollen nicht Mitorganisator von der Stadt initiierten Informationsveranstaltungen sein. Falls die Anwesenheit parteinaher Organisationen sinnvoll ist, beispielsweise um der politischen Bildung zu dienen, werden die Veranstalter aufgefordert, dafür zu sorgen, dass das breite politische Spektrum so gut wie möglich abgedeckt ist.

Antrag wurde angenommen!

Für eine geeignete Entsorgung von Grillasche in Düsseldorfer Grillzonen (02.06.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Die FDP Düsseldorf begrüßt die Kampagne „Mehr Sauberkeit am Rheinufer“. Durch sie wurden viele neue Abfallbehälter im Rheinpark und an der linken Seite des Rheinufers, teils saisonal, angebracht. So können sowohl Düsseldorfer als auch Besucher ihren Aufenthalt am Rhein auf einer sauberen Wiese genießen.

Viele junge Düsseldorfer schätzen außerdem das Grillen auf erlaubten Flächen bei gutem Wetter. Derzeit gibt es keine adäquaten Entsorgungsmöglichkeiten für die noch heiße Grillkohle.

Die FDP Düsseldorf setzt sich daher dafür ein, entsprechend geeignete Behälter am Rheinufer und in adäquaten Grünanlagen in Düsseldorf saisonal einzurichten.

Antrag wurde angenommen!

Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf an übliche Standards für gute Unternehmensführung anpassen (02.06.2015, Antragssteller: Arbeitskreis „Politik die rechnen kann“)

Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf an übliche Standards für gute Unternehmensführung anpassen

Die FDP-Düsseldorf bittet die FDP-Ratsfraktion im Rat der Stadt Düsseldorf eine Initiative zur Anpassung des Public Corporate Governance Kodex für die Beteiligungen der Landeshauptstadt Düsseldorf an übliche Standards für gute Unternehmensführung zu ergreifen.

In Ergänzung des Kreisparteitagsbeschlusses vom 2. März 2013 „Die FDP Düsseldorf fordert Professionalisierung der Aufsichtsräte öffentlicher Unternehmen“ fordert die FDP- Düsseldorf, den städtischen Kodex bezüglich der Festlegung und Bemessung von Vorstandsvergütungen an die für börsennotierte Unternehmen üblichen Standards anzupassen.

Nachfolgende Grundsätze sollen ebenfalls im städtischen Kodex festgehalten werden:

- Das Aufsichtsratsplenum setzt die jeweilige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest.
- Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden nicht nur – wie derzeit vor- gesehen - die Üblichkeit der Vergütung unter Berücksichtigung des Vergleichsumfelds, sondern auch die Vergütungsstruktur, die ansonsten in der Gesellschaft gilt. Hierbei soll der Aufsichtsrat das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt auch in der zeitlichen Entwicklung berücksichtigen, wobei der Aufsichtsrat für den Vergleich festlegt, wie der obere Führungskreis und die relevante Belegschaft abzugrenzen sind.
- Die Vorstandsvergütungsstruktur ist auf eine nachhaltige Unternehmensentwicklung auszurichten. Die monetären Vergütungsteile sollen fixe und variable Bestandteile umfassen. Der Aufsichtsrat hat dafür zu sorgen, dass variable Vergütungsteile grundsätzlich eine mehrjährige Bemessungsgrundlage haben. Sowohl positiven als auch negativen Entwicklungen soll bei der Ausgestaltung der variablen Vergütungsteile Rechnung getragen werden. Sämtliche Vergütungsteile müssen für sich und insgesamt angemessen sein und dürfen insbesondere nicht zum Eingehen unangemessener Risiken verleiten. Die Vergütung soll insgesamt und hinsichtlich ihrer variablen Vergütungsteile betragsmäßige Höchstgrenzen aufweisen. Die variablen Vergütungsteile sollen auf anspruchsvolle, relevante Vergleichsparameter bezogen sein. Eine nachträgliche Änderung der Erfolgsziele oder der Vergleichsparameter soll ausgeschlossen sein.
- Bei Versorgungszusagen soll der Aufsichtsrat das jeweils angestrebte Versorgungsniveau – auch nach der Dauer der Vorstandszugehörigkeit – festlegen und den daraus abgeleiteten jährlichen sowie den langfristigen Aufwand für das Unternehmen berücksichtigen.
- Bei Abschluss von Vorstandsverträgen soll darauf geachtet werden, dass Zahlungen an ein Vorstandsmitglied bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit einschließlich Nebenleistungen den Wert von zwei Jahresvergütungen nicht überschreiten (Abfindungs-Cap) und nicht mehr als die Restlaufzeit des Anstellungsvertrages vergüten.

Ausdrücklich sollen auch sog. „Signing Boni“ ausgeschlossen werden, die seit Jahren als Lehre aus den vergangenen Krisen auch in der privaten deutschen Wirtschaft nicht mehr zum üblichen Standard zählen.

Die FDP Düsseldorf bittet darüber hinaus die FDP-Ratsfraktion eine Initiative zu einer Selbstbeschränkung der Aufsichtsratsmandate pro Person entsprechend der allgemeinen Standards für gute Unternehmensführung zu starten, bei der ggf. die Besonderheit möglicher vorgeschriebener Pflichtmandate berücksichtigt wird.

Als Standard gilt in Deutschland, dass Nicht-Berufsaufsichtsräte in konzernexternen börsennotierten Gesellschaften oder in Aufsichtsgremien von konzernexternen Gesellschaften, die vergleichbare Anforderungen stellen, insgesamt nicht mehr als drei Aufsichtsratsmandate wahrnehmen. Aufsichtsratsvorsitze werden dabei doppelt gezählt.

Antrag wurde angenommen!

Unternehmensgründer und Mittelstand entlasten (02.06.2015, Antragssteller: Arbeitskreis „Politik die rechnen kann“)

Die FDP spricht sich dafür aus,

- dass bei Unternehmensgründern die Umsatzsteuerzahlungen in den ersten zwei Jahren nach Gründung grundsätzlich nicht, wie bislang vorgeschrieben, nach den vereinbarten Entgelten (§16 Abs. 1 Satz 1), sondern nach den tatsächlich vereinnahmten Entgelten berechnet werden. Die Umsatzsteuerzahlung soll in den ersten zwei Jahren nach Unternehmensgründung grundsätzlich nicht wie derzeit nach §18 Abs.2, S.3 UStG vorgeschrieben monatlich, sondern vierteljährlich berechnet werden.
- dass zur Entlastung des kleineren Mittelstands durch Änderung des § 20 Abs. 1 UStG Unternehmen, deren Gesamtumsatz (§ 19 Abs. 3) im vorangegangenen Kalenderjahr nicht mehr als 5 000 000 Euro betragen hat, die Umsatzsteuer nicht nach den vereinbarten Entgelten (§ 16 Abs. 1 Satz 1), sondern nach den vereinnahmten Entgelten berechnen dürfen. Gleichzeitig soll zur Regel werden, dass diese Unternehmen die Berechnung der Umsatzsteuer vierteljährlich, anstatt bis- her monatlich (§ 18 Abs. 2, S 1 UStG) vornehmen. § 18 Abs. 2 UStG, in dem die Grenzwerte für Umsatzsteuervorauszahlungen und Voranmeldungen geregelt sind, ist entsprechend zu ändern.
- dass die monatliche Umsatzsteuervoranmeldung und -vorauszahlung unterhalb der neuen Grenzwerte freiwillig erfolgen kann.

Antrag wurde angenommen!

Verlängerung der Öffnungszeiten des Schwimmbades in Bilk (02.06.2015, Antragssteller: Junge Liberale)

Eine Ausweitung der Öffnungszeiten des Schwimmbades „Schwimmen in Bilk“, sowohl unter der Woche als auch an den Wochenenden soll unter Kostenvorbehalt geprüft werden, um auch Berufstätigen eine stressfreie Benutzung zu ermöglichen.

Antrag wurde angenommen!

U81 jetzt – Hafen anschließen (15.09.2015, Antragssteller: Ortsverband 1 und Arbeitskreis 6 „Ein unkomplizierter Staat“)

Die FDP-Ratsfraktion erteilt der Rheinbahn einen Auftrag zur Prüfung einer Schnellbuslinie mit folgenden Stationen: Medienhafen, Heinrich-Heine-Allee, Theodor-Heuss-Brücke, Freiligrathplatz/Messe (unter Einsparung der Linie 896 - Messe-Flughafen) und Flughafen. Dieser Schnellbus wird als Flughafenbus gekennzeichnet und vermarktet. Nach Fertigstellung der U81 wird der Bus zur Theodor-Heuss-Brücke zurückgezogen.

Antrag wurde angenommen!

„Vorankommen durch eigene Leistung“ (15.09.2015, Antragssteller: Arbeitskreis 2 „Vorankommen durch eigene Leistung“)

Die FDP-Düsseldorf positioniert sich eindeutig gegen das Gesetz zur „Geschlechterquote“ in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung sowie in entsprechenden Richtlinien auf EU- Ebene und tritt für die marktwirtschaftlichen Grundprinzipien des leistungsbezogenen Wettbewerbs und der Vertragsfreiheit ein.

Der FDP-Kreisverband fordert vom Bundesvorstand, diese Position im Bundeswahlprogramm zur nächsten Bundestagswahl 2017 aufzunehmen.

Antrag wurde angenommen!

**Anbindung des Düsseldorfer Südens an die Uni verbessern – Schnellbus einführen
(15.09.2015, Antragssteller: Ortsverband Süd (9+10))**

Die FDP Düsseldorf setzt sich dafür ein, die Anbindung des Düsseldorfer Südens an die Universität zu verbessern. Dazu soll es künftig eine Direktverbindung ohne Umsteigenotwendigkeit geben. Die neue Schnellbuslinie soll zwischen etwa 7:30 Uhr (Richtung Nord) bzw. 9 Uhr (Richtung Süd) und 15:30 Uhr (Richtung Nord) bzw. 18 Uhr (Richtung Süd) im 30-Minuten Takt pendeln. Ein möglicher Linienweg ist: Südpark - Uni Mensa - Uni Mitte - Uni Süd - Uni Südost - Dechenweg (an der Ickerswarde Straße ist kein Bushalteplatz vorhanden) – Holthausen - Niederheid - Kappeler Straße - Benrath S - Garath S - Hellerhof S.

Antrag wurde angenommen!

**Innovationskraft des Internets fördern – Netzneutralität klarer definieren! (15.09.2015,
Antragssteller: Junge Liberale)**

Das Internet spielt nicht nur im Leben der Bürger eine essentielle Rolle, sondern setzt auch gewaltige Innovationskräfte frei. Innovation bedeutet Wirtschaftswachstum und damit eine Steigerung der gesamten Wohlfahrt. Um diese Innovationskraft zu erhalten und zu maximieren, ist zu gewährleisten, dass alle Dienste im Zuge der Netzneutralität gleich behandelt werden.

Das Netz braucht ferner einen ungehinderten Informationsfluss.

Die Diskriminierung bestimmter Dienste im Netz lehnen wir daher grundsätzlich ab.

Antrag wurde angenommen!

**Bergische Kaserne für Flüchtlinge nutzbar machen – alternative Erwerbs- und Betriebsmodelle
(15.09.2015, Antragssteller: Arbeitskreis „Politik, die Rechnen kann“)**

Die FDP-Düsseldorf begrüßt die Diskussion über eine rasche Umwidmung der Bergischen Kaserne in eine Unterbringungsmöglichkeit für Flüchtlinge, insbesondere für die Erstaufnahme.

Die FDP Düsseldorf spricht sich dafür aus, dass im Fall, dass auf dem Gelände der Bergischen Kaserne keine Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge errichtet wird, ein Erwerb durch einen Investor geprüft wird, der sich verpflichtet, die Liegenschaft für fünf Jahre gegen einen angemessenen Mietzins der öffentlichen Hand zur Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.

In diesem Alternativmodell sollte der Eigentümer dazu verpflichtet werden, die notwendigen baulichen Maßnahmen auf dem Gelände umsetzen, damit dieses auch kurzfristig als Unterkunft für Flüchtlinge nutzbar ist.

Nach Ablauf von fünf Jahren nach Bezug durch Flüchtlinge sollte es dem Eigentümer überlassen sein, die Liegenschaft unter Beachtung der Planungsvorgaben der Stadt Düsseldorf auch anderweitig zu nutzen.

Die Stadt Düsseldorf sollte mögliche Investoren bei dem Erwerb und späteren Renovierungsmaßnahmen mit der Verwaltung fördernd begleiten.

Antrag wurde angenommen!

**Zur Mobilisierung der Basis (03.11.2015, Antragssteller: Arbeitskreis „Strategie und Planung“
und Ortsverband 3)**

Die Pflege der Beziehungskultur im Detail wie folgt zu organisieren:

Den Ortsverbandsvorsitzenden wird empfohlen, das jeweilige Einverständnis einzuholen, für die Beziehungspflege durch die Mitglieder des Ortsverbandes kontaktiert werden zu dürfen.

So könnten ab Beginn des neuen Jahres die Mitglieder die Möglichkeit erhalten, besser miteinander zu kommunizieren und sich zu den Parteievents zu verabreden:

- Jahresempfang
- Kreisparteitag
- FreidenkerClub
- Ortsverbandstreffen
- Arbeitskreistreffen
- Sommerfeste

Die konkrete Organisation liegt beim jeweiligen Ortsverband.

Antrag wurde angenommen!